Der Vertragsentwurf enthält Forderungen, die für ein Volk unerträglich sind. Vieles ist außerdem nach Ansicht unserer Sachverständigen unerfüllbar. Die deutsche Friedensdelegation wird den Nachweis im einzelnen erbringen und den alliierten und assoziierten Regierungen ihre Bemerkungen und ihr Material fortlaufend zugehen lassen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident usw.

Gez. Brockdorff-Rantzau.

Versailles, 9. Mai 1919. Herr Präsident! Die deutsche Friedensdelegation beehrt sich zur Frage des Völkerbundes Stellung zu nehmen, indem sie anbei ein deutsches Programm überreicht, das ihrer Meinung nach zu dem Problem des Völkerbundes wesentliche Anregungen enthält. Die deutsche Friedensdelegation behält sich vor, sich noch eingehend zu dem Entwurf der alliierten und assoziierten Regierungen zu äußern. Sie macht aber doch schon heute auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß Deutschland zwar das Statut des Völkerbundes als einen Bestandteil des uns überreichten Vertragsentwurfes unterzeichnen soll, sich aber nicht unter den Staaten befindet, die zum Eintritt in den Völkerbund eingeladen sind. Die deutsche Delegation stellt die Anfrage, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen eine solche Einladung beabsichtigt ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident usw.

Gez. Brockdorff-Rantzau.

(Das in der zweiten Note erwähnte Programm ist der feinerzeit in der deutschen Presse veröffentlichte Entwurf eines Völkerbundvertrages. Die Red.)

Die Entrüstung in Deutschland.

Berlin, 9. Mai. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Zur Bekanntwerden der feindlichen Friedensbedingungen gehen beim Reichspräsidenten und Reichsministerpräsidenten zahllose Telegramme aus allen Teilen Deutschlands ein, die den entschiedensten Protest gegen die uns zugemuteten Vergewaltigungen enthalten. Alle bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Reichsregierung keinen Frieden annehmen werde, der den nun vorliegenden Bedingungen irgendwie entspräche. Der Reichspräsident und die Reichsregierung sind außerstande, auch nur einen Teil dieser Kundgebungen zu beantworten. Keine wird ungehört verhallen. Der Reichsregierung sind sie eine willkommene Stärkung für ihre mit allen Kräften geführten Bemühungen, vom Gewaltfrieden zum Verhandlungsfrieden zu gelangen.

Die Stimmung in den gefährdeten Provinzen.

Berlin, 10. Mai. Der Entrüstungssturm über die vorgelegten Friedensbedingungen nimmt in ganz Deutschland von Stunde zu Stunde zu. Der Danziger Magistrat beschloß eine Abordnung von 12 Mitgliedern nach Berlin zu senden, die sich mit der Reichsregierung in Verbindung setzen soll. — In Oberschlesien herrscht starke Erregung. Es gehen von sehr vielen Orten Protestkundgebungen ein. Vor allem auch laut „Berl. Tagebl." von solchen an der Grenze, die sich entschlossen gegen die Angliederung an Polen aussprechen. — Auch aus Bayern erheben sich scharfe Proteste. Auf die Bevölkerung der Rheinlande haben, der „Voss. Ztg." zufolge, die Friedensbedingungen niederschmetternd gewirkt. Man sei einig in dem Willen, in der Zukunft, bringe sie, was sie wolle, treu zum Reiche zu stehen.

Kundgebung der Westpreußen.

Danzig, 9. Mai. Der deutsche Volksrat für Westpreußen erläßt eine Kundgebung, in der es unter anderem heißt: Die Deutschen sollen wie Schachfiguren auf die polnische Seite geschoben werden. Die schon seit langem hochgehende Erregung der deutschen Bevölkerung ist durch die drohende Gefahr auf den Gipfelpunkt gestiegen und die finstere Entschlossenheit, unter keinen Umständen die Vergewaltigung hinzunehmen, so allgemein, daß mit einem leidenschaftlichen Ausbruch gerechnet werden muß. Aus allen Teilen der Provinz laufen solche Kundgebungen bei uns ein. Die Regierung ist von uns über die Gefühle der westpreußischen Bevölkerung genau unterrichtet, aber auch das ganze deutsche Volk soll es wissen, daß wir lieber mit den Trümmern untergehen wollen, als uns langsam von den gewalttätigen und rachsüchtigen Allpolen erdrosseln zu lassen. Wir sind bereit, unseren friedlichen Bürgern polnischer Zunge alle die Rechte einzuräumen, die wir für unsere Landsleute in den besetzten Gebieten fordern. Wir verlangen auch, daß die Regierung ihre uns so oft gegebenen Versprechen, einen Frieden auf solcher Grundlage nie zu unterzeichnen, jetzt wirklich erfüllt.

Tagesmeldungen.

Schwedisches Urteil.

Stockholm, 9. Mai. Der Friedensvertrag der Entente mit Deutschland erregt in der schwedischen Presse ungeheures Aufsehen und einstimmige Entrüstung. „Svenska Morgonbladet" schreibt: Daß Deutschland durch die Annahme der Bedingungen als Großmacht unerhört geschwächt werden würde, ist klar. Ja man kann überhaupt die Frage stellen, ob Deutschland dann noch eine Großmacht wäre. Deutschlands Vernichtung als Kolonialmacht bedeutet einen fürchterlichen Schlag gegen das ganze Reich und dessen Entwicklungsmöglichkeiten, einen Schlag, der nur mit der Schwächung Deutschlands durch die Losreißung seiner Kohlengebiete in Elsaß-Lothringen und im Saarbecken verglichen werden kann. — „Dagens Nyheter" bespricht vor allem die beabsichtigten Maßnahmen im Osten und führt dabei aus: Nach dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes würde Danzig unleugbar das Recht haben, eine deutsche Stadt zu bleiben. Unvereinbar mit dem Grundsatze, daß nur ein Land mit unstreitig polnischer Bevölkerung zu Polen kommen soll, ist die Bestimmung, nach der der größte Teil von Oberschlesien von Deutschland abgetrennt wird. Denn hier ist, abgesehen von einzelnen beinahe ganz polnischen Bezirken die Bevölkerung überall gemischt.

Italienische Meinungen.

Bern, 9. Mai. Die Mailänder Blätter bezweifeln in ihren Besprechungen, daß die Versailler Präliminarien einen dauerhaften Frieden bringen werden, ohne allerdings im einzelnen bereits Kritik zu üben. — „Corriere della Sera" meint, die Zukunft Europas werde sich beruhigender gestalten, wenn die Alliierten die Kraft gefunden hätten, ihre Begierden und ihre Leidenschaften und insbesondere ihr Verlangen nach Rache zu meistern. — „Secolo" wendet sich offen gegen die Bestimmungen. Angesichts der bedrohlichen politischen Ereignisse der letzten Monate mit ihrer willkürlichen Angliederung gewisser Gebietsteile und ihrer veralteten Berufung auf strategische Notwendigkeiten müsse sich die Zukunft der ganzen Menschheit qualvoll gestalten, da die Präliminarien sich nicht mit dem wirtschaftlichen Gemeininteresse aller Kulturvölker vereinbaren würden. Der Friede würde nur die Erzwingung von Verschiebungen bedeuten, die vielleicht niemals innegehalten werden können. Der Artikel über Österreich bedeute eine Verletzung der Rechte Österreichs und der Rechte Italiens.

Nachrichten aus Sachsen.

Landestrauer.

Das Ministerium des Innern veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Um dem Gefühle bitterster Enttäuschung und tiefster Trauer Ausdruck zu geben, die durch die Bekanntgabe der Friedensbedingungen unserer Feinde über das ganze deutsche Volk gekommen ist, wird hiermit auf Anregung der Reichsregierung für das ganze Land angeordnet, daß alle öffentlichen und nichtöffentlichen Lustbarkeiten in der Zeit

vom 11. bis mit 17. dieses Monats

zu unterbleiben haben.

In den Theatern und Lichtspielhäusern dürfen während dieser Zeit nur solche Darstellungen geboten werden, die dem Ernst der gegenwärtigen Zeit entsprechen.

Von der nationalen Würde des gesamten Volkes darf erwartet werden, daß es sich dem Verbot freiwillig fügen wird. Sollten gleichwohl in Ausnahmefällen Zuwiderhandlungen erfolgen, so wird hiermit für die Veranstalter, Leiter und Teilnehmer der Lustbarkeiten Bestrafung mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder entsprechender Haft angedroht.

Beratungen in Berlin.

Von der sächsischen Regierung werden sich am Montag Ministerpräsident Dr. Gradnauer in Begleitung des Vorsitzender der Staatskanzlei, Geheimrat Dr. Schulze, nach Berlin begeben, um im Staatenausschusse der Besprechung und Prüfung der Friedensbedingungen beizuwohnen.

Kein Ende des Gewerkschaftsstreikes? Wir haben in der Beilage der „Sächsischen Volkszeitung" Nr. 102 vom 5. Mai mitgeteilt, die katholischen Fachabteilungen des Verbandes Sitz Berlin hätten sich aufgelöst und es wäre zu einer Einigung im Gewerkschaftsstreik gekommen. Wir haben im Anschluß daran unserer Freude darüber Ausdruck gegeben, daß eine solche Einigung zustande gekommen sei. Wir hatten die Mitteilung von der Auflösung der Fachabteilungen der „Kölnischen Volkszeitung" entnommen, in der wir bis zum heutigen Tag einen Widerruf auch nicht gefunden haben. Hingegen erhalten wir heute vom Generalsekretär des Verbandes der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, die Nachricht, es sei nicht richtig, daß die katholischen Fachabteilungen der Arbeitervereine Berliner Richtung sich aufgelöst hätten. Ob die Verhandlungen überhaupt gescheitert sind, ist aus den uns gewordenen Mitteilungen nicht ersichtlich. Sollte das der Fall sein, so würden wir es außerordentlich bedauern.

Parteinachrichten.

Die sächsische Zentrumspartei, Ortsgruppe Dresden, hielt am Freitag abend im unteren Saale des katholischen Gesellenhauses eine Mitgliederversammlung ab, die sehr stark besucht war, und vom Ortsgruppenvorsitzenden, Herrn Kaufmann Hanisch, geleitet wurde. Nachdem eine Reihe wichtiger Organisationsfragen besprochen und Beschlüsse darüber gefaßt waren, wurde zur Schulfrage Stellung genommen. Ueber die neuesten Vorkommnisse fand eine außerordentlich rege Aussprache statt, an der sich u. a. auch eine Reihe von Schulmännern beteiligten. Stadtv. Kaplan Englert erstattete eingehend Bericht über die Schuldebatte in der Stadtverordnetensitzung am Donnerstag abend, in der er unseren grundsätzlichen Standpunkt darlegte und vor allem darauf hinwies, daß doch mindestens bis zur Entscheidung durch die Nationalversammlung gewartet werden müßte. Angesichts der Wichtigkeit der Sache werden wir die Rede des Herrn Stadtv. Englert nach ihrem Erscheinen im Stenogramm Ende der nächsten Woche im Wortlaut veröffentlichen. Es wird dann auch Gelegenheit sein, noch auf die Ausführungen des Referenten in der Stadtverordnetensitzung des Kriegsministers Kirchhof zurückzukommen. Die Mitgliederversammlung am gestrigen Abend nahm schließlich auf Antrag des Herrn Postsekretärs Tholotowski folgende Entschließung einstimmig an:

„Die anläßlich der Beratung über Organisationsfragen versammelten Mitglieder der Zentrumspartei Ortsgruppe Dresden erklären ihre vollste Zustimmung zu dem Artikel „Kulturkampf" in der „Sächsischen Volkszeitung" und bekennen sich einmütig zu dem Willen, die Erhaltung der katholischen Schulen sowie der kulturellen Freiheit überhaupt mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen."

Mit berechtigter Befriedigung über den vorzüglichen Verlauf dieser Sitzung konnte um 11 Uhr der Vorsitzende die Versamlung schließen.

Aus Dresden.

—* Zuckerkartenbelieferung. Die jetzt in Verbindung mit den allgemeinen Lebensmittelkarten zur Ausgabe gelangenden Zuckerkarten der Reihe 13 gelten erst auf die Zeit vom 28. Mai ab. Sie werden schon jetzt an die Verbraucher lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen ausgegeben, um den Vertrauenspersonen für die Lebensmittelkartenausgabe eine nochmalige Ausgabe zu sparen. Das städtische Lebensmittelamt weist darauf hin, daß eine Belieferung der Zuckerkarten vor dem 28. Mai unzulässig ist. Jeder Kleinhändler, der die Zuckerkarten vor diesem Zeitpunkte beliefert, macht sich strafbar.

—* Das Stadtverordnetenkollegium erledigte in der 14. öffentlichen Sitzung eine Tagesordnung von über 50 Punkten. Zunächst stimmte das Kollegium der Ratsvorlage über die Einführung der 48stündigen Arbeitswoche für das Pflegepersonal der Krankenanstalten einstimmig zu. In gleicher Weise wurde die Ratsvorlage betreffend eine neue Regelung der Teuerungszulagen der Ratsmitglieder, der städtischen Beamten, Lehrer, Angestellten usw. sowie der Gewährung von Wohnungsgeld an die Vorgenannten einstimmig zu. Eine längere Aussprache entspann sich über die Frage der Vereinheitlichung der Volksschulen. St.-V. Glajas wünschte die Vereinheitlichung schon im Jahre 1920 durchzuführen, während St.-V. Englert als Vertreter der katholischen Einwohner Dresdens für die konfessionelle Erziehung der Kinder in der Schule eintrat. (Wir berichten darüber an anderer Stelle. Red.) Nachdem Stadtrat Dr. Matthes in längeren Ausführungen für die Ratsvorlage eingetreten war, wurde diese angenommen und der Antrag Glajas abgelehnt. Weiter beschäftigte sich das Kollegium noch mit zwei Anträgen betr. die Erweiterung des Straßenbahnnetzes. Das Kollegium beschloß, den Rat zu ersuchen, die Planung einer Straßenbahn Außenringlinie unter Berücksichtigung der Gelände- und Ortsverhältnisse vorzubereiten und eine Rundbahn unter Benutzung der bestehenden Linienführungen und unter Einschaltung von Automobilverbindungen bald in Angriff zu nehmen. Außerdem sollen verschiedene Linien weitergeführt und ausgebaut, sowie die während des Krieges eingezogenen Strecken baldigst wieder in Betrieb genommen werden. Stadtrat Koeppen sicherte hierbei die Erfüllung der geäußerten Wünsche nach Möglichkeit zu. Weiter nahm das Kollegium noch einen Antrag des St.-V. Kohlmann betreffend die Schaffung eines Volksparkes für die westlichen Vororte mit einem Zusatzantrag des St.-V. Rosenmüller, noch dem in dem Volkspark auch Gelegenheit zu Leibesübungen geschaffen werden soll, einstimmig an.

—* Der Zirkus Sarrasani bietet jetzt ein wirkliches Riesenprogramm. Nach den reichhaltigen zirzensischen Darbietungen kommt das indische Prunkschaustück „Sirbhanga" in sechs Bildern zur Aufführung, das durch neue Einlagen wiederum bereichert worden ist. Ganz besonderes Aufsehen erregen die in dem Stücke auftretenden unverwundbaren Fakire. Auf die jeden Mittwoch, Sonnabend, Sonntag und Feiertag um 3 Uhr stattfindenden Nachmittagsvorstellungen sei besonders aufmerksam gemacht. Kinder zahlen in diesen Vorstellungen auf allen Plätzen halbe Preise.

Abgeordneter Domkapitular Leicht in Dresden.

Dem Volksverein für das katholische Deutschland ist es gelungen, den Nachfolger des verstorbenen Katholikenführers Prälaten Schädler im Reichsparlamente, Herrn Domkapitular Leicht in Bamberg, Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung, für eine große Versammlung zu gewinnen. Diese Versammlung wird am Sonntag, den 25. Mai, nachmittags Punkt 3 Uhr, im Volkswohlsaale Ostra-Allee, Ecke Trassentengasse stattfinden. Domkapitular Leicht hat für diesen Tag bestimmt seine Zusage soeben gegeben. Er wird vor allem den Schulkampf behandeln, und zwar in erster Linie vom Reichsstandpunkt aus. Wir brauchen die Wichtigkeit der Versammlung kaum besonders betonen und wollen nur noch bemerken, daß Abgeordneter Leicht ein hervorragender Volksredner ist, der als langjähriger Domprediger in Bamberg in Bayern sich einen großen Ruf als Kanzelredner erworben hat. Die katholischen Vereine werden gebeten mit Rücksicht darauf, daß eine einheitliche Kundgebung zustande kommt, etwa für diesen Tag geplante Veranstaltungen absehen zu wollen. Es darf wohl angenommen werden, daß auch die Katholiken von auswärts, besonders die von der Umgebung, an dieser geplanten Kundgebung zahlreich teilnehmen werden.

Zur Kundgabe des allgemeinen Protestes

gegen den uns angesonnenen Gewaltfrieden wird die Einwohnerschaft Dresdens vom Oberbürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher aufgefordert, am Montag, den 12. Mai abends 8 Uhr im großen Saale des Gewerbehauses einzufinden. Näheres siehe Anzeigenteil.

Protestkundgebung.

Nicht nur Elsaß Lothringen und Posen sollen entgegen den Wilsonschen 14 Punkten ohne Befragen der Bevölkerung dem Deutschen Reich entrissen werden, nein auch das kerndeutsche Saarrevier mit 570 000 Deutschen wollen die Franzosen annektieren, weil sie die dortigen Kohlenlager haben wollen. Dieser Raub des Saarreviers würde für unsere ungeheuer bedrohte Volkswirtschaft geradezu eine Katastrophe bedeuten. Am Sonntag, 18. Mai, vorm. 11 Uhr findet eine Protestkundgebung im „Residenztheater" statt. Es ist Pflicht jedes deutschen Mannes und jeder deutschen Frau, sich an der Protestkundgebung zu beteiligen.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Johannstädter Katholiken!

Morgen Sonntag, den 11. Mai, abends 8.15 Uhr Versammlung in „Hammers Hotel", Augsburger Straße. Hauptredner Bürgerschullehrer Rolle. Thema: „Wir Katholiken und die Schulreform". Aussprache. Kein Johannstädter Katholik darf bei dieser Kundgebung fehlen.

§ **Dresden.** Kathol. Bürgerverein. Am nächsten Mittwoch, den 14. Mai, abends 8 Uhr findet im großen Saale des kathol. Gesellenhauses eine Versammlung statt, in der die Schulfragen behandelt werden sollen. Redner ist Herr Schuldirektor Bergmann. Eine Aussprache wird sich anschließen. Zu dieser Versammlung sind auch Nichtmitglieder, d. h. alle katholischen Männer und Frauen Dresdens aufs herzlichste eingeladen. Bei der Wichtigkeit der Fragen, die an diesem Abend behandelt werden, ist ein Massenbesuch dringend geboten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19190510/2